

Weltrundschau : westliches Durcheinander ; Entspannung in Sicht? ; Kuba - Irak ; Von Gaitskell zu Wilson ; Vom russischen Frühling ; Demokratischer Kommunismus?

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **57 (1963)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-140768>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

mit der Sowjetunion zu gelangen. Ein Erfolg in dieser Frage wäre meiner Meinung nach einer der bedeutsamsten ersten Schritte auf die Friedenssicherung und die schließliche Abrüstung hin, die nötig ist, wenn wir überleben wollen.

Mitgeteilt von der Bewegung «Frauen streiken für den Frieden»

WELTRUNDSCHAU

Westliches Durcheinander Der Westblock wird lang brauchen, bis er sich von dem Stoß erholt hat, den ihm das Frankreich de Gaulles versetzt hat — wenn er sich überhaupt noch davon erholen wird. Man tröstet sich jetzt zwar im Westen über die Wirkungen dieser Erschütterung mit der Behauptung hinweg, das atlantische Bündnis selber sei nach wie vor unauflöslich fest geschlossen und werde sich gegebenenfalls mit der gleichen Entschlossenheit einer kriegerischen Drohung aus dem Osten erwehren, wie es das unter Führung Amerikas in der Kubakrise getan habe. Aber das wird eben doch nur so lange der Fall sein, als die Propagandalüge von den Eroberungsabsichten der Sowjetunion und Chinas im Westen geglaubt wird. Und man greift wohl den kommenden Dingen nicht vor, wenn man den Wirrwarr, der gegenwärtig in den Beziehungen der Westmächte herrscht, im Grunde nur als Ausdruck der Tatsache auffaßt, daß der ganze Atlantikblock ein Koloß auf tönernen Füßen ist, dem bei all seiner Kraftmeierei doch bereits das Urteil gesprochen ist. So darf man sich auch durch den Optimismus nicht täuschen lassen, den die Träger und Anhänger des Westbundes trotz dem «ausweglosen Labyrinth» zur Schau tragen, in das die Regierungen der westlichen Allianz geraten seien (wie sich die «Neue Zürcher Zeitung» vom 3. März ausdrückte). Gewiß kann die *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft* vorerst unverändert weiterbestehen, wenn auch ihre Vereinigung mit Großbritannien und der Freihandelszone, der ja auch die Schweiz angehört, in unbestimmte Ferne gerückt ist. Dies um so mehr, als man an der Spitze der deutschen Bundesrepublik vor einer Ausdehnung der EWG auf sozialdemokratische oder doch neutralistische Länder — Dänemark, Island, Norwegen, Schweden, Finnland —, wie der neue Bonner Wehrmachtsminister von Hassel ausgeplaudert hat, mächtig Angst hat, nicht zu reden von Italien, dessen Zug nach links schon bedrohlich genug ist.

Was unter diesen Umständen aus dem *politisch-militärischen Überbau* der EWG, dem gegen den Osten gerichteten Europabund, der NATO und der Atomwaffengemeinschaft des Westens werden soll, ist erst recht unsicher. Das Mitspracherecht, das die europäischen NATO-Staaten bei der Planung der atomaren Abschreckungsstrategie

und bei den Vorentscheidungen über den allfälligen Einsatz von Kernwaffen angeblich bekommen sollen, steht ja, wie allgemein geglaubt wird, nur auf dem Papier, solange die tatsächliche Entscheidung (wie es in der Natur der Sache liegt) von den Vereinigten Staaten als Inhabern des westlichen Kernwaffenmonopols beansprucht wird. Nicht einmal Kanada will sich hier dem Befehl Washingtons unterordnen; seine konservative Regierung hat es auf einen Wahlkampf ankommen lassen, der demnächst darüber entscheiden soll, ob Kanada — wie es seine Regierung allerdings schon halb und halb in Aussicht gestellt hat — von den Vereinigten Staaten Kernwaffen beziehen müsse, die dann unter amerikanischem Verschluss bleiben würden. Wieviel mehr beharrt Frankreich auf einer eigenen, von den USA unabhängigen atomaren Streitmacht, so nutzlos sie in Wahrheit auch ist!

Westdeutschland will zwar, wie es auch durch Herrn von Hassel in Washington zum hundertsten Mal beteuern ließ, stramm auf der NATO-Linie bleiben, gibt sich anscheinend auch mit dem von Kennedy angebotenen «nuklearen Mitspracherecht» zufrieden und verspricht, in einigen Jahren sein «Plansoll» von zwölf kriegsbereiten Divisionen erfüllt zu haben. Allein das amerikanische Mißtrauen gegenüber dem Bundesgenossen de Gaulles ist dennoch nicht ganz geschwunden. Ist nicht das von Westdeutschland und Frankreich beherrschte Kleineuropa, das die Achsenpartner erstreben, etwas ganz anderes, als was die Vereinigten Staaten wollen? Und wird die Bundesrepublik nicht versuchen, gestützt auf die Freundschaft mit Frankreich den Preis für die Treue zu Amerika — Verfügung über Kernwaffen — möglichst hinaufzutreiben, so wie sie umgekehrt ihr Bündnis mit den Vereinigten Staaten auch als Druckmittel gegenüber Frankreich benützen wird?

Bei all dem herrscht immer noch völlige Unklarheit über *de Gaulles wirkliche Absichten*. Hat sich der General mit den neuen Machtverhältnissen, wie sie durch den Zweiten Weltkrieg in Osteuropa geschaffen wurden, im Ernst abgefunden, und kommt es ihm jetzt nur darauf an, durch Vertreibung der Amerikaner aus Europa Zugeständnisse der Sowjetunion an «seine» Europaunion («vom Atlantik bis zum Ural») zu erlangen? Warum stößt er dann aber die Russen durch heftige Reden und durch Gebärden wie das Verbot eines sowjetischen Films über Stalingrad (mit Chruschtschew als Mitspieler) so bewußt vor den Kopf? Oder will er mit Andeutungen über eine Verständigung mit der Sowjetunion einfach die Amerikaner eher für einen Umbau der NATO und des Westbundes gewinnen, wie er ihn haben möchte, mit Frankreich als der westeuropäischen Vormacht, aber allerdings auch unter Ausschaltung der deutschen Gefahr und ohne Herausforderung des Ostens? Niemand weiß es. Aber gerade darin bekundet sich die ganze Unsicherheit über die Zukunft des Atlantikbundes, der mit der Behauptung von einer *östlichen* Kriegsgefahr steht und fällt. Sobald man beginnt, ein friedliches Zusammenleben mit dem Osten

ins Auge zu fassen, wackelt der ganze Bau der Abwehreinrichtungen, Bündnisse und Rüstungen, die angeblich für die «freie Welt» die erste Bedingung des Weiterlebens darstellen*.

Entspannung in Sicht? Außer in Frankreich sind auch in England und Italien vermehrte Anzeichen einer solchen Hinwendung zum friedlichen Ausgleich mit der Sowjetunion zu bemerken, wenn schon die Politik der Regierungen noch auf der alten brüchigen Linie des Kalten Krieges verharret. Was *Westdeutschland* anbelangt, so wollen viele im Ausfall der jüngsten Wahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus ebenfalls eine wachsende Neigung der Bevölkerung zu größerer Biegsamkeit im Verhältnis zum Osten sehen. Auf jeden Fall ist den dortigen Christlichdemokraten die Absage eines Gesprächs zwischen Bürgermeister Brandt und Ministerpräsident Chruschtschew, die sie erzwungen haben, schlecht bekommen; sie haben an Stimmen und Sitzen erdrutschartig verloren, während die Sozialdemokraten und in geringerem Grad auch die Liberalen entsprechend gewonnen haben, so daß die Christlich-Demokratische Union nun aus der Regierung der «Frontstadt» ausscheidet.

Ob in dem Wahlergebnis auch eine Kritik an der Haltung *Bonn*s in der deutschen Frage liegt? Bezeichnend wenigstens für einen Teil der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik ist jedenfalls, daß Dr. Thomas Dehler, ein Führer der westdeutschen Liberalen («Freien Demokraten») am 20. Februar im Bayrischen Rundfunk offen von einer «akuten Krise» der westlichen, also auch der westdeutschen Politik sprach. «Diese Politik», so sagte er, «gründet sich auf die Annahme, daß dem Sowjetsystem ein permanent aggressives Expansionsstreben innewohne . . . Aufgabe der westlichen Politik müsse es sein, den Sowjetdruck durch geschickten und wachsamem Gegendruck aufzuhalten — deswegen durch die Jahre die Politik der Stärke, des *Containments*, des Zurückhaltens, des *Roll-back*, des Zurückdrängens . . . ohne Rücksicht darauf, daß die Gefahr eines militärischen Angriffs seitens der Sowjets im Hinblick auf das militärische Gleichgewicht des Schreckens immer geringer wurde. Diese Politik ist in der Krisis, sie hat zu keiner Lösung, zu keiner Entspannung geführt und läßt sie auch nicht erwarten; sie muß im Gegenteil die Gegensätze verhärten und droht, durch die ständig wachsenden Rüstungen für alle am Ende untragbare Lasten zu bringen.»

Noch deutlicher drückt es A. von Börries in den «Blättern für deutsche und internationale Politik» (Köln, Februarheft) aus: Die Bonner Ostpolitik «erweist sich je länger je mehr als Spaltungspolitik;

* Das empfindet man auch in der Sozialistischen Internationale, deren festland-europäische Parteien sich ganz auf einen antikommunistischen Westbund festgelegt haben. Ihre kürzliche Tagung in Brüssel ist darum in allgemeiner Ratlosigkeit und Verwirrung zu Ende gegangen.

sie hat die Spaltung Deutschlands vertieft; sie hat zu einer kleineuropäischen Einigung geführt, in der bereits wieder der Keim der Spaltung war; sie hat andere Teile Europas ausgeschlossen; sie hat jetzt sogar die NATO gespalten, indem sie den Kurs de Gaulles faktisch sanktioniert; und sie hat schließlich mit alledem die Spannung und Spaltung zwischen Ost und West nicht, wie es die Aufgabe deutscher Politik nach 1945 gewesen wäre, zu mindern geholfen, sondern wesentlich dazu beigetragen, eine Entspannung zwischen den beiden Machtblöcken zu erschweren».

Die Frage ist nur, wie schnell — oder wie langsam — sich diese Erkenntnis in der Bundesrepublik durchsetzt. Vielleicht setzt sie sich aber noch eher in *Amerika* durch! Denn die Vereinigten Staaten haben in Wirklichkeit ja bereits — so glaubt John Cappelli in einem Newyorker Bericht des «Mondo Nuovo» feststellen zu können — «die Herrschaft über Europa verloren». «Frankreich ist . . . für die Amerikaner hinter den Eisernen Vorhang gerückt; der Held, der Paris vor Mendès-France und Thorez gerettet hat, ist . . . zum Verräter geworden, der dem in den Rücken fällt, der ihn am Strand der Normandie gerettet hat . . . Jedermann ist überzeugt, daß der Traum von einer gegenseitigen Abhängigkeit Europas und Amerikas zusammengebrochen ist — zusammengebrochen, weil Deutschland und (vor allem) Frankreich die Führerschaft Washingtons nicht mehr anerkennen.» Noch suche Kennedy sich vielleicht das Erwachen eines Europas zu verbergen, das die Lage anders als die Vereinigten Staaten, nicht mehr im Stil des Kalten Krieges, ansehe. Aber die Wahrheit setze sich eben allmählich doch durch. Man lese jetzt in der ernsthaften amerikanischen Presse sogar Äußerungen des Inhalts, daß die Sowjetunion zwar zu einem eigenen atomaren Überraschungsangriff unfähig, aber andererseits doch imstande sei, sich mit ihren Ferngeschossen erfolgreich gegen einen *amerikanischen* Gewaltschlag mit Kernwaffen zu wehren. Keine der beiden großen Atomwaffenmächte könne fortan mit Sicherheit einen «ersten Streich» führen; die Russen hätten jetzt zum erstenmal die verhältnismäßige militärische Gleichheit mit den Vereinigten Staaten errungen.

Wenn das wirklich auch die Auffassung der Washingtoner Regierung wurde, wenn also die Amerikaner ihre hartnäckigen Bemühungen aufgeben sollten, die genaue Lage der sowjetischen Abschußrampen für Fernraketen auszukundschaften, um sie gegebenenfalls von vornherein außer Wirksamkeit zu setzen, dann bliebe ihnen freilich nicht mehr viel anderes übrig, als die Hand zur gegenseitigen Abrüstung zu bieten (was sie bisher gerade *nicht* getan haben). Und dann müßte man auch die sonst so prahlerisch erscheinenden Versicherungen Moskaus zu ihrem Nennwert nehmen, wonach die Sowjetunion tatsächlich über unverwundbare Raketen verfüge, die im Gegenschlag sowohl die Vereinigten Staaten wie erst recht die Länder ihrer Verbündeten in

Europa völlig zerstören könnten. Der Zwang zum Verzicht auf Drohung mit ihren Kernwaffen und gar auf deren Anwendung wäre bei dieser Sachlage für beide Machtlager einfach unwiderstehlich.

Kuba - Irak Mittlerweile scheint sich die Regierung der USA freilich um so mehr auf ein draufgängerisches Zupacken in solchen Weltgegenden zu verlegen, in denen mindestens nicht sofort ein Kernwaffenkrieg ausbrechen müßte, wenn es zu einer Machtprobe mit dem Ostblock käme. Dazu gehört natürlich Lateinamerika und vor allem *Kuba*, wo nordamerikanisches Eingreifen mit bloß «begrenzter», nicht atomarer Machtentfaltung einen vorläufigen Triumph von dramatischer Art erkämpft hat. Einen *vorläufigen* Triumph darum, weil das eigentliche Ziel dieses Eingreifens, die Erstickung der sozialen Revolution auf Kuba selbst und weiterer ähnlicher Bewegungen in den Nachbarländern, nicht erreicht wurde, nicht erreicht werden *konnte*. Die unbelehrbaren, kurzsichtigen Scharfmacher in den Vereinigten Staaten geben deshalb auch keine Ruhe und suchen Präsident Kennedy zur *radikalen* Unschädlichmachung der «Umstürzler» zu drängen. Ob er ihnen ein zweites Mal nachgibt, muß abgewartet werden. Sicher ist, daß die Revolutionierung Lateinamerikas weitergehen wird, bis mit der Zerbrechung der feudalen und kapitalistischen Klassenherrschaft in den Ländern Mittel- und Südamerikas auch die nordamerikanische Vormundschaft über sie abgeschüttelt sein wird. Carlos Fuentes, ein jüngerer mexikanischer Dichter und Schriftsteller, versuchte das den Nordamerikanern in einem Fernsehvortrag klarzumachen, den eine USA-Sendestation bereits mit ihm vereinbart hatte, der aber durch behördliches Eingreifen dann doch noch «glücklich» verhindert werden konnte und nun in der *Neuyorker «Monthly Review»* (Januar 1963) im Wortlaut veröffentlicht wurde.

Die soziale Revolution, so sagt der Mexikaner mit aller Bestimmtheit voraus, wird ganz Lateinamerika erfassen. «Revolution? Jawohl, denn wie Mexiko und Kuba bewiesen haben, kann nur die Revolution, nicht Aspirin oder gute Wünsche, den Feudalismus zerstören . . . Revolution? Jawohl, denn wie Mexiko und Kuba bewiesen haben, kann nur die Revolution die grundlegenden Wandlungen bewirken, die notwendig sind, um unsere Länder zu modernisieren, unsere eingetrockneten Hilfsquellen zum Fließen zu bringen — Hilfsquellen, die verkauft und vergeudet wurden —, die Landwirtschaftsreform zu verwirklichen, einen inneren Markt zu schaffen, die Erzeugung zu vermehrfachen, die Volksbildung zu fördern und die Industrialisierung vorwärts zu treiben . . . Seht ihr das, Amerikaner? Werdet ihr diesen unausweichlichen Revolutionen helfen, oder werdet ihr sie mit Invasionen, Pressefeldzügen und wirtschaftlichen Angriffshandlungen bekämpfen? . . . Lateinamerika kennt seinen Weg. Niemand, meine amerikanischen Freunde, wird diese 200 Millionen Menschen mehr aufhalten können!»

Ähnliches gilt für die andern Erdteile, in denen die von den Vereinigten Staaten angeführte Gegenrevolution die notwendige soziale und nationale Umwälzung zum Stehen zu bringen oder doch zu «kanalisieren» sucht. Es gilt auch für Vorderasien, wo kürzlich unter maßgebender amerikanischer Mitwirkung ein blutiger Militärputsch das bisherige, aus einer Revolution hervorgegangene Regime in *Irak* gestürzt hat. Die Herrschaft Oberst Kassem, der 1958 durch die gewalttätige Vernichtung eines korrupten und tyrannischen Königshauses ans Ruder gekommen war, verlor gewiß seither immer mehr an Volkstümlichkeit; sie enttäuschte die arabischen Nationalisten im ganzen Orient, verzehrte sich im Kampf mit der kurdischen Minderheit und stützte sich in der Abwehr ihrer Widersacher stark auf die Kommunisten, die besonders den Nationalisten tief verhaßt sind. Gleichzeitig beunruhigte das Regime Kassem dauernd die ausländischen — vor allem britischen und amerikanischen — Ölgesellschaften, die um ihre Riesengewinne bangten. Und als nun Gerüchte umliefen, daß jüngere Offiziere zusammen mit Kurden und Kommunisten einen Aufstand vorbereiteten, entschloß sich — nach einer Darstellung des Pariser «Expres» vom 21. Februar — der amerikanische Geheimdienst wieder einmal zum Handeln. Er hatte ja schon manchesmal in kritischen Augenblicken entscheidend eingegriffen. Beim Ausbruch des Korea-Krieges beispielsweise hat er eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Der Sturz des iranischen Ministerpräsidenten Mossadegh (1953), der dem Ölkapital bedenklich zu Leibe gerückt war, war wesentlich sein Werk. Und allbekannt ist, daß er es war, der hinter dem mißglückten Einfall in Kuba von 1961 stand. So verschwor sich die Washingtoner Spionage- und Umsturzzentrale diesmal mit dem irakischen General El-Roubai, der Ende 1962 in der Schweiz lebte, zog England und Nasser-Ägypten ins Geheimnis, nahm die Fühlung mit Gegnern Kassem in Irak selbst auf und drängte sie zum raschen Losschlagen. Der Erfolg des Unternehmens war teuer erkauft — Tausende von Anhängern des bisherigen Regimes, besonders wirkliche und angebliche Kommunisten, mußten erst niedergemacht werden —, aber die neue Regierung, mit Marschall Aref als Staatspräsident, scheint nun doch ordentlich im Sattel zu sitzen und wurde denn auch eilfertig von den Vereinigten Staaten und Ägypten anerkannt. (Die Volksrepublik China, die seit 1949 besteht, ist bis heute noch nicht von Amerika anerkannt.)

Wie lange durch solche Staatsstrieche, hinter denen die Mächte des Alten stehen, die überfällige gesellschaftliche Umwälzung aufgehalten werden kann, das ist freilich auch für den Mittelosten mit seinen verelendeten Volksmassen — wie für Lateinamerika — eine offene Frage. Sicher ist nur, daß die Vereinigten Staaten gegenüber den unterentwickelten Völkern eine ganz neue Haltung einnehmen müssen, wenn die unausweichliche soziale Neuordnung auf einigermaßen friedlichen Wegen vollzogen werden soll.

Von Gaitskell zu Wilson Welchen Kurs die amerikanische Außenpolitik schließlich steuern wird, das hängt zu einem erheblichen Teil freilich auch von *Großbritannien* ab. Es ist zwar jetzt in den Vereinigten Staaten vielfach Mode, den so klein gewordenen angelsächsischen Bruder etwas herablassend, ja geringschätzig zu behandeln; aber seit Frankreich seinen eigenen Weg geht und auch Westdeutschland den Amerikanern mehr und mehr Anlaß zu Mißtrauen gibt, kommt der Haltung Englands neuerdings verstärkte Bedeutung zu, wenn der Londoner Regierung innerhalb des Atlantikbundes nicht gar eine Schlüsselstellung zufällt. Und da nach allen Anzeichen — nicht zuletzt auch nach den Ergebnissen der «wissenschaftlichen» Erforschung der öffentlichen Meinung — im britischen Volk ein ausgesprochener Zug nach links eingesetzt hat, so erhält der jüngste *Führungswechsel in der Labourpartei* angesichts der kommenden Neuwahlen zum Unterhaus ein ganz besonderes, vielleicht ausschlaggebendes Gewicht auf der politischen Waagschale.

Hugh *Gaitskell*, der so ungeahnt früh verstorbene Führer der Labourfraktion im Unterhaus, war 1955 als erklärter Vertrauensmann der Rechten — gegenüber dem «Linken» Bevan, der ihn «eine trockene Rechenmaschine» nannte — in seine mächtige Parteistellung berufen worden. Er gab sich denn auch redlich Mühe, die Labourbewegung nach rechts zu führen. In der Frage der Abschaffung des berühmten Punktes vier des alten Parteiprogramms (von 1918), der die Sozialisierung aller Produktions- und Verteilungsmittel fordert, gelang ihm das zwar nicht. Auch in der Außenpolitik erlitt er eine Niederlage, als 1960 eine Mehrheit des Labourparteitags einen Antrag zugunsten von Englands einseitigem Verzicht auf Atomwaffen annahm; aber schon am nächstjährigen Kongreß, auf den hin Gaitskell alle ihm zu Gebot stehenden Kampfmittel eingesetzt hatte, war es die Linke, die eindeutig unterlag. Immerhin versteifte sich Gaitskell nicht mehr darauf, seine Partei einfach als «Rechter» zu führen; er lernte auch mit der Linken zusammenzuarbeiten, und niemand weiß, wie weit er die Parteieinheit wiederhergestellt hätte, die so lange Jahre hindurch schwer erschüttert gewesen war, wenn nicht der Tod seine Laufbahn vorzeitig abgebrochen hätte. Dennoch bleibt es aber Tatsache, daß die Labourpartei, wie Tom Nairn im «Mondo Nuovo» (3. Februar) schreibt, nach wie vor «ein Teil der ‚Nation‘ (im bürgerlichen Sinn. H. K.) ist, nicht eine revolutionäre Körperschaft . . . Theoretisch hätte eine revolutionäre Lage aufbrechen und die Partei wie durch sie auch das Parlament und die Nation beherrschen können. Gaitskell hat eine solche Möglichkeit endgültig ausgeschaltet und dadurch der Labourpartei die höhere Weihe gegeben und sie in den Rang eines Stützpfeilers, eines Wesensbestandteils der britischen Verfassung und Nation erhoben.»

Wie wird das unter seinem Nachfolger werden? Von vornherein ist es ein Glück, daß die Parlamentsfraktion mit großer Mehrheit

Harold Wilson zum Parteiführer gewählt hat und nicht *George Brown*, der nicht nur weiter rechts als seinerzeit *Gaitskell* steht, ja überhaupt kaum als Sozialist angesprochen werden kann, sondern auch persönlich einfach nicht das Zeug zu einem britischen Ministerpräsidenten hat. *Wilson* hat staatsmännischen Wuchs, hohe Intelligenz und Bildung und allgemein anerkanntes politisches Geschick; er ist dazu Sozialist aus Überzeugung und stand im bisherigen Meinungskampf meist auf der «gemäßigten» Linken, in wiederholtem scharfem Gegensatz zu *Gaitskell*. Aber wenn er auch gegen die Rechte um *Brown*, *Jay*, *Crosland* und die Mehrzahl der Gewerkschaftsführer gewählt wurde, so schwang er doch nur obenauf, weil ihm außer der Linken auch die starke Parteimitte ihr Vertrauen schenkte. Er verkörpert damit die neu-gewonnene (vorläufige) Einheit der Labourbewegung, während *Brown* als Führer wahrscheinlich die Partei gespalten und namentlich die etwas heimatlos gewordene junge Generation von Intellektuellen endgültig von der Laboursache abgestoßen hätte.

Wilson bringt also die besten Voraussetzungen mit, um im nächsten Wahlkampf Labour zum Sieg zu führen. Der 70jährige *Macmillan* wird sich unter ungünstigsten Bedingungen dem Volk zur Bestätigung im Amt stellen müssen, wenn er sich dem 47jährigen *Wilson* als Führer einer geschlossenen Labourfront gegenüber sieht. Die Konservativen haben eben nach zwölfjähriger Herrschaft regelrecht abgewirtschaftet; die zunehmende wirtschaftliche Stockung, die auch durch Großbritanniens Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht überwunden worden wäre, und die seit Jahrzehnten nicht mehr erreichte Zahl von fast 900 000 Arbeitslosen (Ende Februar) wird weit herum im Volk der Unfähigkeit und Selbstsucht der bisherigen Regenten als der Sachwalter der kapitalistischen Oberklasse zur Last gelegt. Labour wird so — darin hat *Paul Johnson* im «*New Statesman*» (22. Februar) recht — im Fall eines Wahlsiegs «sein Regierungsamt mitten in einer langfristigen Wirtschaftskrise übernehmen, deren Überwindung neue und vielleicht revolutionäre Wandlungen erheischen wird». Und *Wilson* hat auch, entschlossen das Gesetz des Handelns an sich reißend, bereits weitreichende Vorstöße der Labourbewegung in der Richtung auf eine sozialistische Planwirtschaft angekündigt, die geeignet wären, ein neues England mit neuem Tatwillen und neuen gesellschaftlichen Lebensformen erstehen zu lassen.

Auch mit neuer Weltgeltung! Denn auch in der Außenpolitik wird eine Regierung *Wilson* nicht, wie der Londoner Korrespondent der «*Neuen Zürcher Zeitung*» (Nr. 693) hofft, «eher linksbürgerlich — wie *Kennedy* — als rot aussehen», sondern sozialistischen Geist und internationalistische Zielsetzung spüren lassen. Es genügt, die unter *Harold Wilsons* maßgebender Leitung vor ein paar Jahren entstandene Programmschrift «*War on Want*» («Krieg gegen die Not») zu lesen, um davon durchaus überzeugt zu sein. Sicher wird *Wilson* nicht mit den Vereinigten Staaten, mit dem Atlantikbund oder der NATO

brechen; aber er wird, wie er ebenfalls schon in Aussicht gestellt hat, die atomare Aufrüstung Englands nicht einfach weitertreiben und — hier im Sinne Gaitskells — eine Europapolitik und eine Lösung der deutschen Frage begünstigen, die die tatsächliche Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und der jetzigen deutschen Ostgrenzen einschließt.

Wir geben uns über die Bindung der Labourpartei an die bestehenden wirtschaftlichen und politischen Ordnungen keinen Täuschungen hin; aber daß eine Regierung Wilson nach der unerträglich gewordenen Mißwirtschaft des konservativ-kapitalistischen Regimes zum erstenmal seit langen Jahren wieder Hoffnung auf ein England gäbe, das im Innern der sozialen Erneuerung und nach außen dem Frieden unter den Völkern vorwärts helfen würde, das glauben wir trotz allem. Wir blicken mit Spannung auf die Dinge, die sich jenseits des Ärmelkanals vorbereiten.

Vom russischen Frühling Noch wichtiger, wenn auch gegenwärtig weniger dramatisch verlaufend, bleibt freilich immer die innere Entwicklung der *Sowjetunion*. Dem geistigen und militärischen Antikommunismus, der tatsächlich als schwerste Gefahr auf der heutigen Menschheit lastet, würde ja im gleichen Maß der Boden entzogen, in dem es nicht mehr möglich wäre, die Sowjetunion als den großen Weltverbrecher hinzustellen, den unschädlich zu machen die entscheidende Aufgabe der «freien» Nationen sei. Wie steht es also mit dem Fortgang der *Liberalisierung*, die bald nach Stalins Tod — es ist jetzt gerade zehn Jahre her — unter Chruschtschew, seinem ehemaligen treuen Gefolgsmann, eingeleitet wurde?

«Im Westen», so schrieb bei einem Besuch in England der jetzt vielgenannte russische Dichter Jewtuschenko in einem Aufsatz für den Londoner «Observer» (den die westdeutsche Zeitschrift «Kultur und Gesellschaft» vom Februar 1963 übersetzt wiedergibt), «im Westen wird die Periode nach Stalins Tod gewöhnlich als Tauwetter bezeichnet, nach dem Roman von Ehrenburg. Nach meiner Auffassung handelt es sich eher um einen ‚Frühling‘. Es ist ein schwieriger Frühling, mit Unterbrechungen, Unregelmäßigkeiten und sogar mit Rückschlägen, aber dennoch schreitet er unaufhaltsam weiter.» Ein Beispiel für den Klimawandel in der Sowjetunion sei schon der eigene Besuch des Verfassers in England, der noch vor kurzer Zeit ganz unmöglich gewesen wäre. «Weitere Anzeichen der Veränderung sind der Abbruch der Gefängnisse, der Bau neuer Wohnungen für die einfachen Menschen des Volkes, die Tatsache, daß die Menschen heute offen über alles sprechen können, worüber sie sprechen möchten, die Lohnerhöhungen in den unteren Einkommensgruppen und die Lohnsenkungen bei jenen Berufen, die früher überzahlt waren, ferner die Tatsache, daß in unserem Land immer mehr Werke ausländischer Schriftsteller übersetzt werden — und zwar von Schriftstellern, die mit der

kommunistischen Ideologie nichts zu tun haben —, und schließlich die Feststellung, daß die Poesie gegenwärtig in unserem Land in Blüte steht und die Prosa ebenfalls zu blühen beginnt.»

Jewtuschenko verschweigt nicht, daß der Übergang zur neuen Zeit auch für ihn mit Schmerzen verbunden war. «Als Stalin gestorben war, weinte ich», gesteht er. «Wir Russen sind von Natur aus nicht rachsüchtig und haben Stalin noch zu dessen Lebzeiten vieles vergeben, nicht aus Furcht, sondern weil wir glauben wollten, daß seine Maßnahmen im Hinblick auf ein höheres Ziel notwendig waren. Man hatte uns die Überzeugung eingeprägt, das Ziel rechtfertige die Mittel . . . Inzwischen haben wir erkannt, daß die Mittel des Zieles würdig sein müssen. . . . Wir bemühen uns, unsere großen Ziele mit Mitteln zu erreichen, die dieser Ziele würdig sind.»

Die «Entstalinisierung» (das Wort ist ebenso häßlich wie das andere: «Entnazifizierung») ist auch der Gegenstand eines sehr bemerkenswerten Sonderheftes (November 1962) des in München erscheinenden «Periodikums für wissenschaftlichen Sozialismus*». Der Herausgeber, Dr. Arno Peters, erschwert sich seine Aufgabe, Recht und Notwendigkeit der Entstalinisierung darzutun, freilich selber, indem er Stalin über alles Maß verherrlicht, und noch mehr, indem er all die Gewalttätigkeiten und Unmenschlichkeiten der Stalinzeit, die er rücksichtslos mit ihrem richtigen Namen nennt, als geschichtliche Notwendigkeiten aus der damaligen Lage nicht nur erklärt, sondern durchaus zu rechtfertigen sucht; der Beweis für ihre Überflüssigkeit, so meint er, sei nicht zu erbringen. Was also die jüngere Generation in der Sowjetunion — nach Jewtuschenko — klar erfaßt hat, daß nämlich der «höhere» Zweck das niedrige, unsittliche Mittel *nicht* heiligt, gerade das leugnet der deutsche Historiker noch immer. Wahrhafter Realismus, Sinn für die tiefere Wirklichkeit, verlangt aber vom Sozialisten, daß er Würde, Freiheit und Leben des Menschen, Recht und Gerechtigkeit, Gemeinschaftsgeist und Brüderlichkeit nicht als idealistischen Luxus zu opfern bereit ist, wenn es gilt, revolutionäre Ziele zu erreichen, daß er vielmehr diese Güter und Werte als zum Wesen des Sozialismus selber gehörig anerkennt und sie in den neuen gesellschaftlichen und politischen Ordnungen zu verkörpern strebt, auch wenn es sich «nur» um Kampfformen und Regierungsmethoden handelt. Wird dieses Gebot planmäßig und langdauernd mißachtet, so leidet darunter auch die Kraft und Glaubwürdigkeit der sozialistischen Lebensformen selber aufs schwerste; denn «was könnte es einem Menschen helfen, wenn er die ganze Welt gewänne, aber sein wahres Leben einbüßte?»

Damit ist nicht die bürgerlich-kapitalistische Kritik an der kommunistischen Diktatur gerechtfertigt — sie ist reine Heuchelei —, aber

* Zu beziehen durch die Limmatbuchhandlung, Froschaugasse 7, in Zürich (144 Seiten, 3 Franken).

auch nicht die Notwendigkeit verkannt, die Herausforderung unterentwickelter, ausgebeuteter und niedergehaltener Völker aus ihrem untermenschlichen Zustand in Formen zu vollziehen, die nicht denjenigen der «fortgeschrittenen» bürgerlichen Demokratien entsprechen. Wer diese Notwendigkeit bestreitet, *will* einfach die Befreiung der «zurückgebliebenen» Völker von ihrer Armut und Not, ihrem Hunger und ihrer Unwissenheit nicht!

Ohne ein gewisses Maß von zentralistischem Zwang und Diktat ging es unzweifelhaft im Rußland Lenins und Stalins nicht, zumal die kapitalistischen Staaten ja alles taten, um mit ihren Kriegen, Sperrern und Feindseligkeiten gegen die Sowjetunion die Ausartung der dagegen ergriffenen Abwehrmaßnahmen in Terror und Verfolgungssucht geradezu herauszufordern. Dieser Abschnitt der russischen Geschichte ist nun aber, wie Peters feststellt, geschlossen und damit die Möglichkeit zu einer Liberalisierung des Regimes in erheblichem Umfang gegeben. Die freiheitlichen Wesenszüge der *neuen* Sowjetgesellschaft werden sich deshalb mit Elementargewalt durchsetzen. «Die Arbeiterklasse, als Trägerin dieser geschichtlichen Umwandlung der sozialistischen Gesellschaft, muß diese wichtigsten Wesenszüge der neuen und humanitären sozialistischen Ordnung stets im Auge behalten. Und sie muß sich dabei immer der Tatsache bewußt sein, daß es sich hierbei um Minimalforderungen für das Gelingen der eigenen sozialistischen Revolution handelt. Kommunismus ist auch das noch nicht, weil es im Kommunismus überhaupt keine Gewalt mehr gibt, womit dann das Problem einer Bändigung der Gewalt (das es in allen Klassengesellschaften und also auch in der proletarischen Diktatur des sozialistischen Zeitalters gibt) durch Selbstaufhebung dieser Menschheitsgeißel endgültig gelöst ist.»

Demokratischer Kommunismus? Mit Recht warnt Peters freilich die von der Sowjetunion abhängigen Staaten vor einer Entstalinisierung, die nur aus «unveränderter Befehlstreue gegenüber dem Kreml», erfolgt, also rein äußerlicher Art ist und nicht einer gewandelten Gesinnung entspringt. Das sei einfach würdeloses Satellitentum, das dem Geist internationaler sozialistischer Solidarität völlig zuwiderlaufe und von den Führern der Sowjetunion selber mißbilligt werde, ermutigte doch der Kreml «Länder wie Polen und neuerdings sogar Jugoslawien auf ihrem Wege, den Sozialismus in bewußter Unabhängigkeit von der UdSSR, notfalls sogar in einer gewissen Opposition zu ihr, nach eigenen Gesetzen aufzubauen». Wirkliche Liberalisierung könne «nur in dem Maße eintreten, wie die Heuchelei gebannt wird, die als schlimmes Attribut des Stalinismus das Zusammenleben der Menschen vergiftete». Immerhin suche heute die Mehrzahl der osteuropäischen Volksrepubliken ihren Weg zum Sozialismus durch innere Selbstbefreiung vom Stalinismus, aber doch unter Aufrechterhaltung der Freundschaft mit der Sowjet-

union, wenn schon von einer Verwirklichung einer echten politischen Gemeinschaft aller sozialistischen Staaten noch keine Rede sein könne.

Besonders bedeutsam aber könnte die Liberalisierung der Sowjetunion und der Volksrepubliken für die Wiederherstellung der *Einheit der Arbeiterklasse und der sozialistischen Bewegung* in den Ländern außerhalb des Ostblocks werden. Die Spaltung der Arbeiterparteien Europas in einen revolutionären und einen reformistischen Flügel, die ihre Hauptwurzel im «Sozialpatriotismus» der rechtsstehenden Mitglieder der Internationale während des Ersten Weltkrieges hat, ist ja ein eigentliches Verhängnis für die Sache des Friedens und des Sozialismus geworden. Schwere Fehler sind seither auf beiden Seiten begangen worden, und die ehrliche «Bewältigung der Vergangenheit» verlangt daher von den sozialdemokratischen Reformisten wie von den kommunistischen Revolutionären grundsätzliche Entscheidungen. Dr. Peters sieht es so: Die Sozialdemokraten stehen vor der Wahl, endgültig auf den Sozialismus zu verzichten und ihre Anstrengungen auf den Ausbau des Kapitalismus zu einem stabilen Sozialstaat zu richten, oder aber den revolutionären Weg zu einer wirklich sozialistischen Ordnung von Wirtschaft und Staat zu gehen, was eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten voraussetzt. Die Kommunisten anderseits müssen entweder eine alleinstehende Kaderpartei bleiben, die den Sozialismus einer widerstrebenden Bevölkerung mit Gewalt aufzuwingen sucht und darum mit allen Schwierigkeiten einer als Fremdherrschaft empfundenen Revolution belastet ist, oder ihrem Kampf für den Sozialismus die feste sittliche Grundlage geben als demokratisch aufgebaute Massenpartei, die unabhängig vom Ausland, eigenständig, den Kapitalismus radikal überwindet. Die Entschlüsse beider Gruppen bedingen sich gegenseitig insofern, als die Kommunisten ohne die Solidarität der sozialdemokratischen Arbeiter ihren einsamen Weg nicht verlassen können, während die nichtkommunistischen Arbeiter ihnen nicht folgen können ohne überzeugende Beweise dafür, daß sie durch diesen Schritt sich nicht selbst eine bürokratische Diktatur mit all ihren Folgen aufladen.

Man sage nicht, das sei auf dem Papier leicht formuliert, aber im Leben schwer, wenn nicht unmöglich zu verwirklichen. In Italien haben wir ja bereits eine Lage, die der hier vorgezeichneten Haltung beider Richtungen ziemlich nahekommt. Wohl gibt es auch dort eine Sozialdemokratie, die durchaus auf dem Boden der bürgerlichen Ordnungen steht und in der Innen- wie in der Außenpolitik zur geschätzten Hilfstruppe des Kapitalismus geworden ist. Aber die große Sozialistische Partei hält bisher sowohl an der Notwendigkeit einer grundlegenden Umgestaltung von Wirtschaft und Staat im Geiste des Sozialismus fest wie an einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten in den Gewerkschaften und Genossenschaften, in den Gemeindeverwaltungen und in den Regionalregierungen. Und die italienischen Kommunisten — ihre Partei ist die stärkste außerhalb des Ostblocks und

Chinas — haben eine Diskussionsfreiheit, Beweglichkeit und dabei Festigkeit wie Zielstrebigkeit im Grundsätzlichen gewonnen, die es dem rechten, von Nenni beherrschten Flügel der Sozialistischen Partei schwer macht, sie als «Partei des Auslands» abzulehnen und Anschluß an die bürgerlich-sozialdemokratischen Reformgruppen zu finden. Warum sollte sich nicht auch in anderen Ländern eine Entwicklung anbahnen können, wie sie in Italien im Gang ist?

Ob eine Annäherung zwischen Sozialisten und Kommunisten möglich ist und als eine der Bedingungen dafür — neben der «Entbürgerlichung» der Sozialdemokraten — die Entstalinisierung der kommunistischen Parteien kräftig weiterschreitet, das hängt natürlich, wie wir hier immer wieder betont haben, weithin von der Haltung der nicht-kommunistischen Welt ab. Wenn es den «freien» Nationen bei ihrem Kalten Krieg gegen die kommunistisch regierten Länder wirklich nur um die Abwehr oder gar Brechung der dortigen Diktatorsysteme zu tun wäre, dann brauchten sie nur auf die gewalttätige Gegenrevolution, die militärische und machtpolitische Bekämpfung des *Sozialismus* zu verzichten und sich auf ein friedliches Zusammenleben, einen geistigen und wirtschaftlich-sozialen Wettbewerb mit den Ländern des sozialistischen Aufbaus einzurichten. Die «bolschewistische Tyrannei», die immer wieder entscheidende Antriebe aus der Feindseligkeit der kapitalistischen Staaten gegenüber allen sozialistischen Verwirklichungen bekam, würde dann nur zu bald überflüssig werden und in sich selbst zusammensinken. Auf der anderen Seite aber müßte eine tatkräftige, selbständige Weiterführung der Liberalisierung in den sozialistischen Ländern, die dem Kalten Krieg zum Trotz gewagt und mit dem Anfang einer einseitigen Abrüstung der Oststaaten verbunden würde, dem bolschewistischen Schreckgespenst immer mehr seine Zugkraft rauben und die Westvölker bereit machen, sich der Notwendigkeit der eigenen Abrüstung des organisierten Friedens und der sozialen Gerechtigkeit zu öffnen. Es liegt hier eine Wechselwirkung vor, die gewiß die Haltung des einen Lagers stark von derjenigen des anderen abhängig macht, aber es doch keinem von beiden erlaubt, sich einfach mit Berufung auf die Schuld des andern um die Pflicht zu drücken, das Rechte und Notwendige unabhängig vom Handeln und Verhalten der Gegenseite zu tun.

Fromme Wünsche? Nein, wirkliche Möglichkeiten und erfüllbare Aufgaben, die nicht über die Kraft gutwilliger Menschen hinausgehen. Ein Geschlecht, das nach den Sternen greift und einer phantastischen Umgestaltung seiner materiellen Lebensformen entgegengeht, wird auch mit den Problemen der politischen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit fertig werden, ohne daß es zu gewalttätigen — revolutionären und gegenrevolutionären — Endkämpfen kommt, die ja doch keine Lösung zu bringen vermögen.

5. März.

Hugo Kramer